



Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie
und Jugendmedizin e.V.

Bericht der DGSPJ anlässlich der Mitgliederversammlung am 09.09.2022

Aktueller Vorstand (Amtsperiode Jan 2020 - Dez 2022)

Prof. Dr. Ute Thyen, Lübeck	Präsidentin
Dr. Andreas Oberle, Stuttgart	Vize-Präsident
Dr. Christoph Kretschmar, Dresden	Schatzmeister
Dr. Ulrike Horacek, Recklinghausen	Beisitzerin
Dr. Ute Mendes, Berlin	Beisitzerin
Prof. Dr. Volker Mall, München	Schriftführer

Politische Arbeit

Die DGSPJ setzt sich weiterhin für die gesicherte Finanzierung der Leistungen in den SPZ ein. Zu Beginn der Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen der Ampelkoalition wurden die „neuen“ Gesundheitspolitiker:innen angeschrieben und u.a. auf die Notwendigkeit hingewiesen, die bisher trennenden Schnittstellen in der Finanzierung und Organisation der medizinischen und nicht-medizinischen Leistungen für Kinder und Jugendliche mit Handicaps, zu überwinden ([Pressemitteilung](#)). Ein ausführlicher Bericht über die Offensive der DGSPJ ist in der Kinderärztlichen Praxis ([online hier](#)) veröffentlicht. Im Sondierungspapier der Koalition stand: „Wir konzentrieren uns auf die Kinder, die am meisten Unterstützung brauchen.“ ...„Gleichzeitig wollen wir... Teilhabe stärken. Bund, Länder und Kommunen sollen gemeinsam darauf hinwirken, dass jedes Kind die gleiche Chance auf Entwicklung und Verwirklichung hat.“

In den Koalitionsvertrag wurde folgende Aufgabe aufgenommen: „Für ein diverses und barrierefreies Gesundheitswesen erarbeiten wir mit den Beteiligten bis Ende 2022 einen Aktionsplan, stärken die Versorgung schwerstbehinderter Kinder und entlasten ihre Familien von Bürokratie. Die Medizinischen Behandlungszentren für Erwachsene mit geistiger Behinderung oder schweren Mehrfachbehinderungen sowie die Sozialpädiatrischen Zentren bauen wir in allen Bundesländern aus.“ Vertiefende Gespräche werden fortgeführt.

Themenfeld „Aus-, Fort- und Weiterbildung“

Die Bestrebungen, eine Zusatzweiterbildung „Spezielle Sozialpädiatrie“ (ZWB SSP) zu etablieren, wird weiterhin kontinuierlich verfolgt. Dabei haben sich in den letzten drei Jahren unterschiedliche Diskussionsstränge und Themenfelder ergeben: (1) In intensiven und konstruktiven Gesprächen mit der DGKJ und ihren Konventgesellschaften wurde die Notwendigkeit einer Öffnung für alle Kinder und Jugendlichen mit chronischen Gesundheitsstörungen und gefährdeter oder beeinträchtigter Teilhabe deutlich. Dies ist in den Entwurf für eine Zusatzweiterbildung Spezielle Sozialpädiatrie insofern eingegangen, dass ihre Belange explizit adressiert wurden und die Ärzt:innen in Weiterbildung in anderen Zusatzweiterbildungen und Schwerpunkten leichter Zugang zu einer berufsbegleitenden ZWB SSP haben sollten. Dieser Aspekt wurde auch vom Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) begrüßt, dass damit auch hausärztlich tätige oder in spezialisierter Praxis tätige Ärzt:innen eine Möglichkeit hätten, sich in diesem Fach weiterzubilden. (2) Der Diskussionsprozess um Möglichkeiten einer berufsbegleitenden Zusatzweiterbildung bedurfte vieler Beratungen durch Expert:innen insbesondere aus den Landesärztekammern, aber aus Sicht der DGSPJ ist es gelungen, eine Konzeption zu entwickeln, wie in Weiterbildungsverbänden und durch eine starke kompetenzbasierte Ausrichtung der Kompetenzerwerb sichergestellt werden kann. Dennoch sind viele Fragen hinsichtlich der Skalierbarkeit, der Transparenz, der Vergleichbarkeit und der Überprüfung der Qualität der Ausbildung insbesondere aus juristischer Sicht noch nicht abschließend klärbar. (3) In diesem Sinn hat sich ein weiterer Diskussionsprozess entwickelt, der

vorrangig in den Gremien der Ständigen Konferenz für Weiterbildungsfragen der 17 Landesärztekammern geführt wird. Hier geht es um die Grenzziehung, was einer Zusatzweiterbildung und was einer Fortbildung entspricht. Die DGSPJ hält an der Notwendigkeit einer klinischen Ausbildung an (und mit) Patient:innen fest, was den Rahmen einer Fortbildung deutlich überschreitet. (4) Der Diskussionsprozess mit der DGKJP wurde ebenfalls fortgesetzt. Während auf der klinischen Ebene und der regionalen Versorgungsstrukturen wenig Kontroversen bestehen, geht es auf der Meta-Ebene um Diskussionen der Fachgrenzen zwischen Kinder- und Jugendmedizin und Kinder- und Jugendpsychiatrie insgesamt. Wir möchten gerne insbesondere die übergreifende Stärkung der Kinderfächer in den Vordergrund der Diskussion rücken und sehen gute Möglichkeiten für den Austausch im Bündnis für Kinder- und Jugendgesundheit. Zum aktuellen Zeitpunkt kann nicht sicher abgeschätzt werden, ob eine erneute Antragstellung im Rahmen des Deutschen Ärztetags 2023 in Essen zielführend ist. Der Vorstand dankt den vielen Mitgliedern der DGSPJ, die uns auf der Ebene der Landesärztekammern durch zahllose Gespräche unterstützt haben. Auch ist die an einer Zusatzweiterbildung Spezielle Sozialpädiatrie interessierte Community innerhalb der DGSPJ sehr gewachsen.

Fortbildung

Der neugegründete Fachausschuss ICF-CY setzt nach einer pandemiebedingten Pause seine Arbeit fort. Der Auftrag des Ausschusses ist, nachhaltige und gemeinsame Kooperations- und Fortbildungskonzepte in der Frühförderung und der Sozialpädiatrie zu entwickeln. Der Vorstand unterstützt die Arbeit durch die Bereitstellung von Mitteln und Ressourcen und hält einen engen Schulterschluss mit der Vereinigung Interdisziplinäre Frühförderung für notwendig im Sinne einer guten Transition der betreuten Kinder und Jugendlichen zwischen den Systemen.

Unsere Fortbildung Curriculum Sozialpädiatrie erfreut sich weiterhin großer Nachfrage, sie wird von mehreren SPZ sowie Ärztekammern angeboten.

Themenfeld „ÖGD/ Public Health/ Prävention und Gesundheitsförderung“

Über mandatierte Vertreter:innen aus der DGSPJ werden nach wie vor Aspekte der Bevölkerungsgesundheit und Prävention in verschiedene Gremien, darunter auch in interministerielle Arbeitsgruppen eingebracht. Im Berichtsjahr waren diese thematisch weit überwiegend auf Themen im Kontext der COVID-19-Pandemie ausgerichtet. Der Expertenrat der Bundesregierung (Mitglieder Prof. Berner, Prof. Dötsch) hat einstimmig die Fortsetzung der interministeriellen Arbeitsgruppe empfohlen, in der Frau Dr. Ulrike Horacek als Vertreterin der DAKJ / Bündnis Kinder- und Jugendgesundheit mitwirkt. (siehe 7. Stellungnahme des Expert:innenrates der Bundesregierung zu COVID-19: „Zur Notwendigkeit einer prioritären Berücksichtigung des Kindeswohls in der Pandemie“).

Kaiserin-Auguste-Victoria-Kommission für Prävention

Die Kommission hat beim Kongress für Kinder- und Jugendmedizin 2021 ein Symposium gestaltet, welches sich mit kommunaler Prävention und Verwirklichung der Kinderrechte in ihrer Lebenswelt befasste.

Fachausschuss ÖGD in der DGSPJ

Anfang 2022 konnte ein neuer Fachausschuss ÖGD in der DGSPJ etabliert werden. Er setzt sich aus insgesamt 18 Mitgliedern zusammen (Ärzt:innen und Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger:innen aus kommunalen und Landeseinrichtungen des ÖGD). Die Notwendigkeit, Kinder- und Jugendgesundheitsdienste in den Gesundheitsämtern wieder mit ihren originären Aufgaben kommunaler Daseins- und Gesundheitsfürsorge zu betrauen, steht im Mittelpunkt der Bemühungen und wurde durch Veröffentlichungen vorangebracht. Hierzu gehören u.a. Kohortenvergleiche von Einschulungskindern vor und nach der Pandemie. Der Fachausschuss hat eine Stellungnahme zum geplanten Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit erstellt und will darauf hinwirken, dass auch hier

